Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 22. Sonnabend den 26. Januar. 1850.

Inhalt.

Berlin, den 24. Januar. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Medizinal-Rath, Prof. Dr. Nasse in Bonn, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Kirchen-Aeltesten, Rentner Peter Melchior Hackenberg in Lennep, dem Wundarzt und Geburtshelfer Lindemann zu Barmen und dem Lehrer Thiel an der Stadtschule zu Limburg, Kreis Iserlohn, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Regierungs-Vice-Präsidenten, Grafen von Eulenburg, den St. Johanniter-Orden; so wie dem Kreis-Chirurgus und Stadt-Wundarzt Stark zu Demmin das Allgemeine Ehrenzeichen; desgleichen dem Wachtmeister Röhrs des 1. Dragoner-Regiments und dem Oekonomen Theodor Maas zu Rheinberg die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den Geheimen Ober-Finanz-Rath Oesterreich zum Direktor der Abtheilung für Handel und Gewerbe, und den Geheimen Ober-Finanz-Rath Mellin zum Direktor der Abtheilungen für das Bauwesen und für die Eisenbahn-Angelegenheiten im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, zu ernennen; so wie dem Geschichtsmaler Paul Delaroche, Mitglied der Akademie der schönen Künste in Paris, die Friedensklasse des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu verleihen.

Der bisherige Obergerichts-Assessor Brier zu Wollstein ist zum Rechts-Anwalt bei dem Kreisgerichte zu Kosten, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgericht zu Posen vom 1. Februar d. J. ab ernannt.

Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist von Blankenburg hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgestiegen. — Der Fürst Pückler-Muskau ist von Dresden hier angekommen.

Deutschland.

Berlin, den 23. Januar. (St. Anz.) Nachdem der in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 11. d. M. gestellte Antrag des Kurfürstlich Hessischen Bevollmächtigten: „den Tag des Zusammentritts der Reichsversammlung auf den 1. März c. zu bestimmen und dieses baldigst öffentlich bekannt zu machen," unter Zufügung der Erklärung des Vorsitzenden, daß die zur Aufnahme der Reichs-Versammlung benöthigten baulichen Einrichtungen, amtlichen Berichten gemäß vor dem 15. März c. nicht herzustellen sein würden, der Verfassungs-Kommission zur Prüfung und schleunigen Aeußerung überwiesen worden, hat auf den Vorschlag dieser Kommission der Verwaltungsrath in seiner gestrigen Sitzung als Termin für die Einberufung der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai pr. zusammentretenden Reichs-Versammlung vorläufig den 20. März d. J. angenommen.

— (Nat.-Z.) Zum Präsidenten des Schwurgerichts für die erste Sitzungsperiode im Monat Februar, nämlich vom 1. bis 15., soll der Apellationsgerichtsrath v. Caprivi ernannt worden sein, eben derselbe, der während der letzten Assisen in Brandenburg präsidirte, in denen der Prozeß gegen den Oberbürgermeister Ziegler verhandelt wurde. Er wird sonach auch die Verhandlungen in dem Prozesse gegen die Steuerverweigerer leiten. Der Letztere wird übrigens eine größere Ausdehnung gewinnen, als es bisher den Anschein hatte, da von den Angeklagten zahlreiche Entlastungszeugen in Vorschlag gebracht worden. Für die Hauptangeklagten werden, so viel bisher bekannt ist, der Advokat-Anwalt Dorn und Stieber, außerdem aber mehrere Juristen von außerhalb als Vertheidiger auftreten.

— Man spricht und liest seit einigen Tagen viel von der Verhaftung dreier Mitglieder des Todtenbundes, von denen es heißt, daß durch sie die Polizei einer weitverzweigten Verschwörung auf die Spur zu kommen hoffe. Die Sache verhält sich indeß anders. Die Verhafteten sind nämlich zwei hiesige Handwerker und ein Arbeiter. Unter den beiden Ersteren ist der Eine bereits früher wegen kommunistischer Umtriebe in Haft gewesen, der Arbeiter dagegen soll eine Persönlichkeit sein, die im Waldeck'schen Prozesse unter den Ohm'schen Zeugen figurirte, und zu Ohm in gewisser Beziehung gestanden haben. Wie ihre angebliche Betheiligung beim Todtenbunde zur Kenntniß der Polizei-Behörde gekommen ist, darüber hat man zwar noch nichts Näheres erfahren können, indeß sollen sie in einem öffentlichen Lokale in dieser Beziehung Aeußerungen gemacht haben, die der Behörde hinterbracht worden sind. Daß sie in der bekannten Schuhmacher Hätzel'schen Sache verhaftet sind, und die Anberaumung eines neuen Audienztermines in demselben aus diesem Grunde, wie eine hiesige Zeitung meldete, beanstandet worden ist, davon wissen die Vertheidiger in diesem Prozesse nichts, was anderenfalls zweifelsohne zu ihrer Kenntniß gekommen wäre. Der geheimnißvolle Schleier, der über der Verhaftung jener drei Personen verbreitet ist, dürfte in den nächsten Tagen gelichtet werden. Man wird auf interessante Enthüllungen sich gefaßt machen können.

— Wir haben seiner Zeit wiederholt der Gründung von Gesundheits- und Krankenpflege-Vereinen in unserer Stadt gedacht. Unlängst hat eine General-Versammlung der Mitglieder eines solchen Vereins im 31. Stadtbezirk (wo zuerst ein solcher gegründet wurde) stattgefunden, wobei auch ein vorläufiger Bericht über seine bisherige Wirksamkeit erstattet wurde. Nach demselben betrug die Einnahme im Septbr.: 15 Thlr. 28 sgr., Oktbr.: 19 Thlr. 9 pf., Novbr.: 25 Thlr. 5 sgr. 6 pf., Dezbr.: 27 Thlr. 14 sgr. 6 pf., — im Ganzen also 87 Thlr. 18 sgr. 6 pf. Die Ausgabe betrug für Arznei während dieser Monate: 41 Thlr. 21 sgr. 7 pf., an Honorar für den Arzt: 29 Thlr. 6 sgr. 2 pf., so daß nach Abzug der Ausgabe für Beschaffung der Bücher und Stempel, noch ein Kassenbestand verblieb. An Mitgliedern zählte der Verein im Septbr. 284, Oktbr. 306, Novbr. 350, Dezbr. 395 Personen, wovon im Septbr. 28, Oktbr. 35, Novbr. 34 und Dezbr. 28 Personen ärztlich behandelt und mit Arznei versehen wurden. In der General-Versammlung, in welcher der bisherige Verwaltungsrath fast einstimmig wieder gewählt wurde, herrschte über die segensreiche Thätigkeit des Vereins nur eine anerkennende Stimme. Besonders ist das Vorurtheil, als solle dies Institut, weil es ursprünglich von der demokratischen Partei ausgegangen, nur Parteizwecken dienen, völlig verschwunden, so daß nur noch die rothesten Reaktionäre sich von der Betheiligung ausschließen. Vorläufig wurde an den Statuten nichts verändert, wohl aber denkt man daran, das zu Grunde liegende Prinzip der Association immer reiner herauszukehren.

— (Const. Ztg.) Die „Neue Preuß. Zeitung" vom 19. d. M. (Nr. 16) bringt einen durch Unwahrheiten und schiefe Auffassungen völlig entstellten Flensburger Artikel in Bezug auf die Person der Unterzeichneten, welcher, nach der Kunde zu schließen, die der Einsender von einer motivirenden Note an die Kopenhagener Regierung verräth, aus einer amtlichen Quellen wenigstens nahe stehenden Feder geflossen sein muß. Wir bemerken vorläufig zur thatsächlichen Widerlegung jedes einzelnen Satzes, daß wir drohende Gerüchte, zumal so grundloser Art, niemals ausgesprengt, vielmehr unsere Freunde stets zur beharrlichen Geduld in der über uns verhängten schweren Prüfung ermahnt; daß wir in dem „Gewerbevereine", dessen „berüchtigtste Mitglieder" wir sein sollen, keine zehn Male und zwar nur zum Lesen der Zeitungen uns eingefunden haben; daß dieser jetzt gewaltsam geschlossene Verein überhaupt keine andere, als die seinem Namen entsprechende Tendenz gehabt hat, daß dorthin aber die früher im „Casino" liegenden Zeitungen gebracht wurden, als wegen Verlesung einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen im Oktober v. J. das Casino-Lokal geschlossen wurde; daß niemals darin behufs einer vaterländischen oder gar politischen Angelegenheit Versammlungen veranstaltet, noch von uns irgendwie Reden gehalten oder Debatten gepflogen worden sind. Die ersten und angesehensten Bürger der Stadt, die gegen die Gewaltthaten der Polizeidiener Vorstellungen machen wollten, waren keineswegs lauter Mitglieder des Gewerbevereins oder auch nur des früheren Casino; sie konnten auch nicht kommen, „um die Befreiung eines wegen polizeilicher Vergehen (?) verhafteten Individuums zu erwirken", weil der von den Polizeidienern ohne Veranlassung von seiner Seite, was thatsächlich constatirt und eidlich erhärtet worden ist, gemißhandelte und verwundete junge Landmann schon vorher seiner Haft gegen Caution entlassen worden war. Was den Ton und die angebliche Absicht der Klageschrift wider den Polizeimeister betrifft, so verweisen wir getrost auf diese selbst, die in mehreren öffentlichen Blättern abgedruckt und von den wohlhabendsten und angesehensten Männern der Stadt, namentlich auch von dem preußischen und dem russischen Consul, unterschrieben worden ist. Die „schonende" Maßregel gegen uns ist eine den ausdrücklichen Bestimmungen der Landesgesetze über Heimathsrecht zuwiderlaufende. Mit Beziehung darauf, daß der Einsender uns als „gefährliche Aufwiegler und Ruhestörer" bezeichnet, ist sofort von uns eine gerichtliche Injurienklage eingeleitet worden. Wir sind Männer, die, fern von allem politischen Treiben, der Berufsthätigkeit mit Liebe hingegeben, allerdings zu keiner Zeit das deutsche Herz und Leben verleugnen werden, das uns mit unsern Mitbürgern und Landesgenossen verbindet und das dort jetzt durch rohe Gewalt geknechtet wird. Dr. Fr. Lübker, Rector des Gymnasiums zu Flensburg. N. Jürgensen, Mühlenbesitzer und Schiffsrehder zu Flensburg.

— Der Magistrat hat die Genehmigung zur Errichtung eines Gewerberathes für Berlin beantragt und hofft dieselbe noch so zeitig zu erhalten, daß schon am 1. April der Gewerberath in Thätigkeit treten kann. Damit die Wahlen sofort nach Eingang der Genehmigung stattfinden können, sollen die Wahlberechtigten sich schon jetzt zur Aufnahme in die Wahllisten melden, und zwar diejenigen, welche dem Fabrikenstande angehören, auf dem Rathhause; die Gewerbtreibenden und Arbeitnehmer des Handwerkerstandes, für welche eine Innung besteht, ohne Rücksicht darauf, ob sie derselben angehören oder nicht, bei bestimmten Personen, in der Regel den Altmeistern und Altgesellen der Innung; endlich die Gewerbtreibenden und Arbeitnehmer des Handwerkerstandes, für welche keine Innung besteht, und die selbstständigen Handelstreibenden bei dem Vorsteher ihres Stadtbezirks. Diejenigen, welche sich nicht bis zum 15. Febr. gemeldet haben, bleiben unberücksichtigt. Wir möchten hierbei nur fragen, mit welchem Rechte man die in den Fabriken beschäftigten Arbeitnehmer, wenn sie nicht angemeldet worden sind, ausschließen will, da diese durch die Brodherren angemeldet werden sollen und mithin ohne eigene Schuld sind, wenn die Anmeldung versäumt wird. Die ersten Sitzungen des Gewerberathes werden wahrscheinlich im Lokal der Stadtverordneten stattfinden müssen, da vor dem 1. Oktober der Sitzungssal des Gewerberathes und des Gewerbegerichts nicht wird hergestellt werden können.

— Die Noth der ärmeren Klasse, vorzüglich der zahlreichen unbeschäftigten Arbeiter, hat sich durch die anhaltende und strenge Kälte erheblich gesteigert. Es hat sich in den letzten Tagen häufig ereignet, daß sich obdachlose und andere Personen von selbst auf den Schutzmanns-Wachen gestellt und um ihre Verhaftung gebeten haben, um nur ein warmes Unterkommen und Nahrung zu erhalten. Es sind allein an einem Tage 24 Verhaftungen wegen Obdachlosigkeit vorgekommen. Die Zahl der Gefangenen in der Stadtvoigtei hat eine seltene Höhe erreicht. Ebenso ist das Arbeitshaus stärker denn je belegt.

— Am 25. d. M. kommt das Krollsche Etablissement, wenn an diesem Tage die Beleggelder von den jetzigen Käufern nicht ausgezahlt werden, noch einmal zum Verkauf.

Stettin, den 22. Januar. (St. Z.) Der Winter zeigt sich auch hier in aller Härte, es liegt viel Schnee, so daß die Bahnzüge, namentlich von Posen, zuweilen sehr spät eintreffen. Die Kälte ist vom Sonntag an, fortwährend gestiegen, von 14 bis 18 Grad, heute haben wir 21 Grad.

Königsberg, den 19. Januar. (St. Anz.) Das Ordens- und Krönungsfest wurde am gestrigen Tage hier feierlich begangen. Die deutsche Gesellschaft eröffnete ihre Sitzungen durch einen Redeakt, indem der Präsident der Gesellschaft, Geheimerath Schubert, über die Verdienste sprach, welche sich Preußens Regenten um Deutschland erworben; der deutsche Ritterorden habe die Germanisirung Ost- und West-Preußens bewirkt; die Kurfürsten und Könige Preußens wären des deutschen Reiches Vertheidiger nach Außen gewesen und hätten im Innern für Recht und Gerechtigkeit gesorgt. Professor Geheimerath Rosenkranz hielt darauf einen Vortrag über die Topographie von Berlin. In der Aula der Universität sprach der Geheime Regierungsrath Lobeck. Am Schluß der Feier fand die Vertheilung der Preise an die Studirenden statt.

Tilsit, den 18. Januar. (E. a. M.) Gestern wurden hier unter militairischer Bedeckung 7 Mann Schmuggler, natürlich von der sogenannten Bande des Raudon Krutinnis, eingebracht. — Aus Prökuls wird eine Störung des öffentlichen Gottesdienstes berichtet, die durch ihre Verbindung mit andern Umständen wichtiger und bemerkenswerther ist, als es auf den ersten Augenblick erscheint. Es wurde dort nämlich am Sylvestertage die Beichte durch die Einreden eines Bauers mit litthauischem Namen gestört, welcher dem Pfarrer während der Predigt zurief: Es ist ja nicht wahr! Du verstehst nichts davon! Wir können diese beiden Aeußerungen nur durch zweierlei erklären. Unter den Litthauern findet man einen entschiedenen Hang zum Mysticismus, ja zur crassesten Orthodoxie, aus dem allein es erklärlich ist, daß die wiedertäuferischen Prediger, ungebildete, aber schlaue Menschen, denen die Wahrheit eben nicht immer die Leuchte ihres Pfades ist, einen so großen Anhang unter ihnen finden, daß halbe Gemeinden in allen Dingen, selbst wenn Vieh krank wird, sie als die höchsten Autoritäten anerkennen und ihren unverstandenen und unverständlichen Predigten ein gläubiges Ohr schenken. Ein zweites Moment, welches dieser Sekte Eingang unter den Litthauern verschafft, ist ihre angeborene instinktmäßige Abneigung gegen die Deutschen und alles deutsche Wesen.

△ Erfurt, den 20. Jan. Der Anfang dieses Jahres hat für unsere Stadt eine wichtige Entscheidung herbeigeführt, welche man hier, und wohl mit vollem Recht, freudig begrüßt. Freilich war wohl schon am Schluß des vorigen Jahres die Wahl Erfurts zur Deutschen Parlamentsstadt vom Verwaltungsrath ausgesprochen worden, und in den letzten Tagen vor dem Weihnachtsfest hatte die von Berlin hier angelangte Baudeputation, bestehend aus Graf Eulenburg und Baurath Bürde, die zum Sitzungslokale einzurichtenden Gebäude ausgewählt, nämlich die Augustinerkirche mit dem daran stoßenden Martinsstift, und dem hiesigen Bau-Inspektor Vehsemeyer den gemessenen Auftrag gegeben, mit dem 1. Jan., bis zu welchem Tag die Genehmigung von Berlin eingehen werde, die Bauarbeiten zu beginnen. Da aber diese Genehmigung sich zwei Wochen hindurch verzögerte, so konnte man wohl deutlich beobachten, wie lebhaft noch politische Ansichten und Befürchtungen gegen einander trieben; man glaubte bei dieser Verzögerung schon den weitesten politischen Horizont mit einwirken zu sehen. Man fürchtete mit der Vereitelung der Erfurter Stadt-Hoffnungen auch die der Hoffnungen Deutschlands. Um desto mehr fühlt man nun hier die eingetretene Beruhigung, da bereits seit einer Woche, nach erfolgter Königlicher Genehmigung, der Baurath Bürde aus Berlin hier wieder angelangt ist, und den Beginn der Bauarbeiten auf das Schleunigste und Eifrigste persönlich eingeleitet hat. Es hat sich gleichzeitig für Erfurt auch eine Aussicht in die Zukunft eröffnet, da das Ministerium bei der Bewilligung der Forderungen, welche das Presbyterium der Augustinerkirche aufgestellt, zugleich die Bedingung ausgesprochen hat, daß diese Kirche der Reichstagsversammlung auch für das Jahr 1851 überlassen bleiben müsse, woran sich wenigstens mit einiger Sicherheit der Gedanke der Erhaltung dieser neuen Würde für unsere Stadt knüpfen läßt.

Wenn freilich die Bewohner Erfurts diese neue Bestimmung ihrer Stadt als ein freudiges Ereigniß ansehen und von demselben einen neuen Aufschwung ihres materiellen und geistigen Lebens erwarten, so muß ausdrücklich bemerkt werden, daß diese freudige städtische Erwartung von dem hiesigen Königlichen Beamtenthum aufrichtig getheilt wird, und daß die hier und da selbst in öffentlichen Blättern laut gewordene Meinung, als hätten die hiesigen Beamten wegen der zu befürchtenden Vertheuerung dem hiesigen Reichstag entgegenzuwirken gesucht, auf das Entschiedenste widersprochen werden kann. Es hat sich, besonders in Folge des Aufruhrs vom November 1848, zwischen dem gutgesinnten Theil der Bürgerschaft, dem Beamtenthum und dem Militär ein so schönes Verhältniß gegenseitiger patriotischer Belebung und Erhebung gebildet, daß diese Regungen eines so egoistischen Interesses jetzt hier auf das Höchste befremden, und wo sie wirklich einzeln vorhanden sein sollten, sich nicht hervorwagen würden. Dieser gute Sinn, der jetzt in Erfurt vorherrschend ist und der bei der Empfehlung unserer Stadt für das Parlament gar sehr mit in Rechnung gebracht werden darf, ist hier vorzüglich die Folge der Bildung politischer Vereine, des constitutionell-monarchischen Vereins und des Treubundes

und namentlich hat sich der erste, der in den Zeiten des hiesigen Pöbel-Terrorismus muthig hervortrat und die Guten an sich zog, wofür freilich die Namen seiner Vorsteher an den Straßenecken auf blutrothen Plakaten standen, hierdurch ein bleibendes Verdienst erworben. Der Volkssouverainetätsgeist, der hier durch einige verlorene Literaten bis zu dem wahnsinnigen Aufstand vom 24. November 1848, welchen Schreiber dieses in dessen erbärmlicher Hohlheit und Schwäche als Augenzeuge mit angesehen hat, getrieben wurde, ist seitdem eigentlich verstummt, und die nunmehrigen Thaten der freilich noch bestehenden demokratischen Partei bestehen darin, daß sie die Neue Erfurter Zeitung, ein radicales Blatt des ehemaligen Abgeordneten zur Nationalversammlung, Krakrügge, liest, wovon noch kürzlich gefabelt wurde, daß es 1900 Abonnenten habe, die sich aber bei einem neuerlich entstandenen Zerwürfniß zwischen Redakteur und Drucker öffentlich auf nur 500 constatirt haben. — Kann nun nach Vorstehendem die jetzige politische Stimmung Erfurts als der bevorstehenden Reichsversammlung günstig bezeichnet werden, so läßt man es sich auch hier auf jede Weise angelegen sein, den Erwartungen für die Aufnahme der Deutschen Abgeordneten zu entsprechen. Es hatte sich früher schon in der höheren Bürgerschaft ein Verein gebildet, welcher sich die Erstrebung der nun erreichten Ehre für die Stadt Erfurt zum Ziel gemacht hatte. Aus diesem Verein hat sich eine Commission gebildet, welche sich eifrig mit der Fürsorge für gute Wohnungen und andere Bedürfnisse beschäftigt und sich dabei die Verhütung etwaiger unbilliger Vertheuerung sorgfältig wird angelegen sein lassen. Eine Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede und den Stadtverordnetenvorstehern, hatte sich nach Berlin begeben und bei des Königs Majestät selbst eine Audienz erhalten, um den Dank Erfurts auszusprechen. Bei dieser Gelegenheit machte Herr von Bodelschwingh diese Deputirten darauf aufmerksam, wie eine billige Behandlung der Deutschen Abgeordneten bei ihrer Aufnahme und Bewirthung sehr zu empfehlen sei, und die Deputirten konnten hierbei Se. Exc. auf die schon begonnene Thätigkeit der genannten Commission hinweisen.

Wie sehr nun aber auch Erfurt sich dessen erfreut, daß das bevorstehende Deutsche Einigungswerk in seinen Mauern vor sich gehen wird, so zeigt es sich doch auch, obgleich an der Grenze Preußens liegend, in der Deutschen Frage als eine gut Preußische Stadt. Man will auch hier den neuen besseren Zustand des Deutschen Vaterlandes nur auf der Erhaltung Preußens und seiner ruhmreichen Größe aufgebaut sehen. Dieses hat man bei der kürzlich geschehenen Bildung eines Wahlcomité's für die Deutsche Wahl und bei den bisherigen Vorversammlungen unverhohlen und einstimmig ausgesprochen, wobei freilich zu bemerken, daß sich auch hier die Demokratie bei den Wahlen nicht betheiligen will. Das Wahlcomité hat als Wahlkandidaten Herrn v. Radowitz selbst aufgestellt und bereits eine Anfrage über die Annahme an ihn abgehen lassen. Derselbe ist am gestrigen Tage eilig von Frankfurt nach Berlin hier durchgereist. — Eine Petition der hiesigen politischen Vereine an die Kammern um Annahme der Königlichen Propositionen ist bereits nach Berlin abgegangen.

Coblenz, den 18. Januar. (Berl. Nachr.) Unser Gemeinderath hat mit großer Majorität bestimmt, daß der Census, welcher zur Stadtraths-Wahl befähigt, auf 200 Thaler herabgesetzt sein soll, eine Verbesserung, die bei den nächsten Wahlen schon ihre guten Folge haben dürfte, da der ganze zahlreiche Mittel- und Handwerkerstand dadurch wählbar geworden ist, und es mithin ferner nicht an Vertretung fehlen wird.

Schwerin, den 21. Januar. Die „Mecklenburgische Zeitung" theilt heute das Antwortschreiben des Großherzogl. Gesammt-Ministeriums an die Bundes-Central-Commission in Frankfurt auf die letzte, die Verfassungs-Angelegenheit betreffende Note mit. Das Schreiben lautet, nachdem im Anfang die Grundzüge jener Note der Bundes-Commission wiedergegeben sind, im weiteren Verlauf, wie folgt:

„Das unterzeichnete großherzogl. mecklenburgische Gesammt-Ministerium, welches von jeher bereit gewesen ist, einem Jeden, der durch seine Maßnahmen sich beeinträchtigt fühlt, vor dem für die mecklenburgische Staatsregierung competenten provisorischen Bundesschiedsgerichte in Erfurt zu Recht zu stehen, hat bereits im Laufe der verflossenen Woche bei dem Verwaltungsrathe der dem Bündnisse vom 26. Mai vorigen Jahres angehörigen deutschen Regierungen Anträge in Betreff der mecklenburgischen Verfassungs-Angelegenheit gemacht, welche die Wahrung der Competenz des eben genannten provisorischen Bundesschiedsgerichts zum Gegenstand haben, und beehrt sich, das unter den dorthin gemachten Mittheilungen befindliche, hieneben gedruckt anliegende, Promemoria zu überreichen, worin dargelegt worden ist, daß bei dem Bestande der altlandständischen Verfassung die Eröffnung der Compromißinstanz nach der Verordnung vom 28. November 1817 nur von dem Corps der Landstände habe in Anspruch genommen werden dürfen, daß in allgemeinen Landes-Angelegenheiten zum mindesten die Ritterschaft für sich niemals ein Recht dazu gehabt, daß die Beschwerdeführer zu einer Repräsentation der Ritterschaft nicht befugt seien, daß die Anwendbarkeit der fraglichen Verordnung auf der nicht statthabenden Voraussetzung beruhe, daß die altlandständische Verfassung in anerkannter Wirksamkeit bestehe, mithin selbst die Bundes-Versammlung zu einer Handhabung solcher Verordnung nicht berechtigt gewesen sein würde, und daß endlich eine solche Handhabung außerhalb der Competenz dieser hohen provisorischen Bundes-Central-Commission liege. In Beibehalt der von dem Verwaltungsrathe gefaßten Beschlüsse, und insonderheit des von demselben an die Königlich Preußische Staatsregierung gestellten Ersuchens ist das unterzeichnete großherzogl. mecklenburgische Gesammt-Ministerium zu der Annahme berechtigt, daß die Königlich Preußische Staatsregierung an ihre Commission bei dieser hohen provisorischen Bundes-Central-Commission, nach der Verfügung des vorliegenden Erlasses, Instruktionen in einem demselben entgegengesetztem Sinne abgelassen habe, und hat dasselbe nur noch darauf hinzuweisen, daß von allem Uebrigen abgesehen, das Aussprechen eines Inhibitoriums eine richterliche Entscheidung und somit die Uebung einer Machtvollkommenheit involvirt, welcher der Bundesversammlung nicht zugestanden. Dieselbe würde, wenn der diesseitige Widerspruch gegen die Anwendbarkeit der Verordnung vom 28. Novbr. 1817 und die Legitimation der Beschwerdeführer durch eine Austrägalentscheidung für beseitigt anzunehmen gewesen, nur das Recht gehabt haben, jene Verordnung in Anwendung zu setzen, ohne den Vornahmen der Regierung einen Stillstand gebieten zu dürfen, oder aber deren Rechtmäßigkeit von der Willenserklärung der Beschwerdeführer abhängig zu machen, wodurch den Letzteren offenbar das Recht der Mitregierung beigelegt worden ist, und die Staatsregierung zu einer mit einigen untergeordneten politischen Berechtigungen bewidmeten Corporationen herabgewürdigt wird. Es herrscht die größte Ruhe in dem hiesigen Lande, und mit Ausnahme der wenigen renitenten Mitglieder der ehemaligen Ritterschaft, welche das Aeußerste versuchen, um von den Zugeständnissen der früheren Landstände entbunden zu werden, ist die ganze Bevölkerung von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Vereinbarung des neuen Staatsgrundgesetzes und die erfolgte Auflösung der Ritter- und Landschaft auf völlig legalem Wege erfolgt sind. Das unterzeichnete Großherzogl. Mecklenburgische Gesammtministerium wüde nach dieser kurzen Darlegung das gegenwärtige Schreiben schließen können, wenn dasselbe nicht durch den Inhalt der von den Beschwerdeführern überreichten Vorträge, die neben der größten Oberflächlichkeit die krassesten Unwahrheiten und Entstellungen enthalten, zu der Bemerkung sich veranlaßt finden müßte, wie es sich vorbehält, auch dieser hohen provisorischen Bundes-Central-Kommission ausführlichere Mittheilungen über das Sach- und Rechtsverhältniß zugehen zu lassen, sowie es überhaupt die Ausführung der schon längst gehegten Absicht, der Mecklenb. Verfassungsangelegenheit im Interesse der Wahrheit und des guten Rechts die größtmöglichste Oeffentlichkeit zu geben, hat vorbereiten lassen. Zum vorläufigen Belag der eben ausgesprochenen Beurtheilung der Vorträge der Beschwerdeführer hier nur so viel, daß die Behauptung in dem P. M. vom 29. vorigen Monats, es sei der Convent vom 5. und 6. Oktober v. J. durch die Landräthe angemeldet worden, unwahr ist, da die Meldung von dem sogenannten ritterschaftlichen Engern Ausschuß geschehen, und daß die Beschwerdeführer, bei Produktion des Attestes des Großherzogl. Strelitzischen Staats-Ministeriums über ihre Qualität als Deputirte der Mecklenburg. Ritterschaft, es verschwiegen haben, daß das alleinige Dominium in Betreff der unirten Stände nach der altlandständischen Verfassung nur der Schweriner Landesherr inne hatte, daß insonderheit nach §. 12. des Hausvertrags vom 14. Juli 1755 die Schwerinschen Stände in keinerlei Subjektion der Strelitzischen Landesherrschaft waren, und daß die Letztere zu den ständischen Conventen, mit Ausnahme der von den Stargardschen Ständen im dortigen Kreise abgehaltenen, in gar keiner hoheitlichen Beziehung gestanden. Schwerin, den 19. Jan. 1850. Großherzogl. Mecklenb. Gesammt-Ministerium. An die hohe provisorische Bundes-Central-Kommission in Frankfurt a. M."

— In einem leitenden Artikel fordert das genannte Blatt zum Wählen nach Erfurt und dort zur Annahme des Entwurfs, welcher dann erst die Revision folgen solle, auf.

Dresden, den 21. Januar. (D. A. Z.) Die Gerüchte über Aufhebung des Belagerungszustandes hierselbst wiederholen sich und scheinen am Ende doch nicht ganz unbegründet zu sein, zumal da man auch in militairischen Kreisen einzelne darauf hindeutende Aeußerungen hört. Nur ist es irrig, anzunehmen, daß dies noch vor Ende dieses Monats geschehe, da vor Verabschiedung des noch der Berathung der Kammern unterliegenden Aufruhrgesetzes der hiesige Belagerungszustand nicht aufgehoben werden kann.

Frankreich.

Paris, den 20. Januar. Ein so genanntes Central-Comité der vereinigten Arbeiter läßt in verschiedenen Städten eine angeblich der National-Versammlung überreichte gedruckte Petition verbreiten, worin es heißt: „Die Petitionäre erklären im Angesicht der Regierung und des Landes, daß sie, wenn die Repräsentanten nicht unverzüglich ihren Reclamationen Recht widerfahren lassen, vom 1. April ab die Steuern verweigern und alle Bürger als Verräther an der Gesellschaft betrachten werden, welche Mobilien oder Immobilien ankaufen, die im J. 1850 wegen rückständiger Steuern oder wegen Nichtzahlung geborgten Geldes versteigert werden." — Die Socialisten sollen den Plan gehabt haben, den morgenden Jahrestag der Hinrichtung Ludwig's XVI. als einen Freudentag durch ein großes Banket zu begehen; wie man hört, ist dieses Vorhaben jedoch aus Klugheitsrücksichten aufgegeben worden, und es wird bei einigen stillen Versammlungen zur Feier der Hinrichtung sein Bewenden haben. — Bei der Repräsentantenwahl des Gard-Departements hat der siegreiche socialistische Candidat 29,697 Stimmen erhalten, während der Candidat der Rechten 20,933 und der legitimistische Candidat (der Redakteur der „Gazette de France") 10,308 Stimmen erhielt. Hätten also die Stimmen der konservativen Partei sich nicht zersplittert, so würde sie die Oberhand gehabt haben.

Paris, den 21. Jan. Das gestern in der „Gazette des Tribunaux" verbreitete Gerücht, daß ein Complot zur Ermordung des Präsidenten der Republik entdeckt und ein begnadigter Juni-Insurgent, so wie noch 11 andere Personen deshalb verhaftet worden seien, wird heute in einer vom „Journal des Debats" veröffentlichten Note des Polizei-Präfecten für eine reine Erdichtung erklärt. — Die von V. Hugo über das Unterrichts-Gesetz gehaltene Rede soll in 100,000 Exemplaren abgedruckt werden. Der Berg hat in Masse für dieselbe unterschrieben. — Der vom Gerichtshofe zu Versailles wegen des Attentats vom 13. Juni freigesprochene Aimé Baune ist wieder verhaftet und nach dem Gefängniß St. Pelagie gebracht worden. Den Grund seiner Verhaftung kennt man nicht. — Od. Barrot, der gegen die zweite Berathung über das Unterrichts-Gesetz gestimmt hatte, macht heute im „Journal des Debats" bekannt, daß er bloß deßhalb nicht mit der Majorität stimmte, weil er glaubte, es handele sich um Fortsetzung der Discussion. Hätte er gewußt, daß man über die Zulassung der zweiten Berathung abstimme, so würde er jedenfalls dafür gestimmt haben.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung steht auf der Tagesordnung der Antrag in Bezug auf die Uebersiedelung der Juni-Insurgenten nach Algerien. Auf Verlangen Lagrange's, der zuerst das Wort hat, wird die namentliche Aufrufung der Mitglieder vorgenommen. Lagrange sagt, er verlange weiter nichts, als ein wenig Wohlwollen, keine Menschlichkeit, aber Gerechtigkeit. Er kommt darauf zurück, daß das Gesetz über die Juni-Insurgenten in einem Augenblicke gemacht worden sei, wo Furcht und Nacht geherrscht hätten. Es sei nie gut, wenn diese Rathgeberinnen seien. Dieses Gesetz habe 5000 Personen verbannt, von welchen noch 1500, unter dem Vorwande, unverbesserlich zu sein, in der Verbannung schmachteten; dieselben würden jedoch nur deshalb fern gehalten, weil sie nicht: „Es lebe der König! es lebe die Reaction!" rufen wollten, sondern der Republik treu ergeben seien. Der Redner, welcher bei dieser Stelle von der Rechten unterbrochen wurde, will, daß die Juni-Insurgenten vor einen besonderen Ausschuß gestellt werden, welcher ihre Angelegenheiten untersuchen solle. Er ist überzeugt, daß drei Viertel der zur Transportation Bestimmten als unschuldig anerkannt werden würden. Er erläßt hierauf einen Aufruf an die Rechte, indem er in folgenden Worten auf den Tod Ludwig's XVI. anspielt: „Sie haben die Gewalt in Händen, doch nehmen Sie Sich in Acht; die Majoritäten sind wechselnd. Erinnern Sie Sich, daß es heute etwas mehr als 50 Jahre sind, daß der Kopf eines rechtschaffenen Mannes als Opfer der Majorität, als Opfer der triumphirenden Reaction fiel. Bürger, setzt euch nicht dem Vorwurfe aus, der seit 4000 Jahren ein schuldvolles Gedächtniß verfolgt: „„Was hast du mit deinem Bruder gemacht!"" (Auf der Linken: Sehr gut!) — Nach Lagrange besteigt der Minister des Innern die Tribune. Er glaubt, daß die Regierung eher den Vorwurf zu großer Nachsicht, als den ihr von Lagrange gemachten, verdiene. Sie habe immer, wenn sie es ohne Gefahr hätte thun können, ihr Recht der Gnade in Anwendung gebracht. Bis jetzt hätte sie sich auch nicht über das Betragen der begnadigten Juni-Insurgenten, bis auf einige kleine Ausnahmen, zu beklagen gehabt. Das vorgeschlagene Decret über die 468 übrig bleibenden Insurgenten sei keinesweges so grausam, wie Lagrange behaupte. Diese Menschen, schließt Barrot, werden von uns so gut, wie nur immer möglich, in Algerien, welches doch französischer Boden ist, durch dieses der Menschlichkeit und der Gesetzlichkeit entsprechende Decret untergebracht.

Hierauf ergreift Jules Favre das Wort. Er erklärt, daß er seit einem Jahre alle Ereignisse untersucht habe, die die Juni-Revolution herbeigeführt habe; er fürchte sich jedoch nicht, zu sagen, daß man damals im Irrthume gewesen sei, da man geglaubt, die Revolution wäre die Folge einer Verschwörung gewesen. Er selbst sei Mitglied des Ausschusses, der dieses Decret gemacht, gewesen, und lege er hier, nach dem Beispiele des Herrn Thiers, ein schweres Bekenntniß ab. Er sucht hierauf die Juni-Revoulution als die natürliche Folge der Februar-Ereignisse darzustellen. Ohne die Uebertreibungen, die man über die Juni-Insurgenten gemacht, wäre das Decret nie erlassen worden. 1700 Bürger seien allein von den Kriegsgerichten ohne alle weitere Förmlichkeiten zu den Galeeren verurtheilt worden. Der Redner ruft hierauf das Beispiel des Convents an, der nach dem 10. August die Errichtung eines Ausnahme-Tribunals verweigerte. Der Redner wird unterbrochen und entgegnet: „Beurtheilt eure Feinde mit Mäßigung; ich möchte unter ähnlichen Umständen euren Streichen nicht ausgesetzt sein!" (Lärm). Hierauf geht der Redner auf das Gesetz selbst über. Er frägt, womit man die große Strenge des Gesetzes rechtfertigen wolle. Während 10 Jahre würden diese Leute unter einem militairischen Joche nach Afrika verbannt, und dies mit der Gewißheit, ihren dortigen Aufenthalt auf ungewisse Zeit verlängert zu sehen, wenn ihnen auch nur ein Murren entschlüpfe. Die Furcht sei es allein, welche die Versammlung zu dieser grausamen Maßregel veranlassen könnte, wie die Furcht ihr das Deportations-Gesetz eingegeben hätte. Wenn er auch annehmen wollte, daß der Socialismus wirklich so fürchterlich sei, als man ihn mache, so sei es unklug, ihn durch Verfolgungen noch glorreich zu machen. Er bittet die Versammlung, nicht härter als der Bekämpfer der Juni Revolution zu sein, der selbst gesagt, er sehe in Paris nur Sieger und Besiegte, den Deportirten Richter zu geben und etwas Trost in die Wohnungen der Waisen und Wittwen zu bringen. Bare spricht hierauf einige Worte zu Gunsten des Gesetzes, worauf der Schluß der allgemeinen Diskussion verlangt wird. Die Linke verlangt das öffentliche Votum, welches jedoch der Präsident nicht beobachtet und erklärt, die Versammlung schreite zur Discussion der einzelnen Artikel über. Mehrere Mitglieder stürzen nach der Tribune. Jules Favre wird zur Ordnung gerufen, worauf er ruft: „Die Minorität hat Unrecht gehabt, auf die Mäßigung der Majorität zu zählen." Ein großer Tumult entsteht, worauf die Versammlung zur Diskussion der einzelnen Artikel übergeht, nachdem sich der Präsident gegen den ihm gemachten Vorwurf, das öffentliche Votum verhindert zu haben, vertheidigt hatte. Die Diskussion über den ersten Artikel, wodurch alle in Belle Isle gefangen gehaltenen Juni-Insurgenten nach Algerien gebracht werden sollen, beginnt. Ein Verbesserungs-Artikel, der nach gerichtlicher Untersuchung die Juni-Insurgenten ihren natürlichen Richtern übergeben oder in Freiheit gesetzt haben will, wird nach einer kurzen Diskussion mit 382 gegen 205 Stimmen verworfen und die Sitzung geschlossen.

Großbritanien und Irland.

London, den 19. Jan. (Köln. Ztg.) Die große „nationale Demonstration" der irischen Protectionisten hat vorgestern in der Rotunde zu Dublin unter Vorsitz des Marquis von Downshire Statt gefunden. Hauptredner waren der Graf von Glengall und der Marquis von Westmeath. Die Partei zählt in Irland unter ihren Anhängern 743 Friedensrichter, 57 Peers, 20 Parlamentsmitglieder und 25 Baronets. Die erste Resolution, welche vor die Versammlung gebracht wurde, war die, eine Petition an die Königin zu richten, um ihre Aufmerksamkeit auf die traurige Lage des Landes während der letzten Jahre zu lenken; eine andere Resolution bezog sich auf das Verhältniß zwischen Grundeigenthümern und Pächtern; noch eine andere bezweckte, die Königin zur Auflösung des Parlamentes zu bewegen, im Falle die von der Versammlung ausgesprochenen Wünsche nicht die gehörige Berücksichtigung finden sollten. Die Gegner der Protectionisten haben ihrerseits eine mit mehr als 1000 Unterschriften bedeckte Petition an den Lordmayor von Dublin gerichtet, in welcher sie denselben ersuchen, so bald wie möglich ein Meeting zusammenzuberufen, welches dem Volke Gelegenheit gebe, seine Ansichten über die Freihandels-Frage auszusprechen. — Die Katholiken von Ulster, welche ihre Denkschrift am 17. dem Lord-Statthalter durch eine Deputation haben überreichen lassen, sind mit ihrem Gesuche, welches auf Absetzung mehrerer Friedensrichter wegen ihres Verhaltens in der bekannten Angelegenheit von Dolly's Brae anträgt, zurückgewiesen worden. Die Denkschrift war von mehr als 62,000 Personen, unter denen sich 165 Geistliche befanden, unterzeichnet. — In Killarney brach in der Nacht auf den 15. Jan. im Armenhause Feuer aus; 29 Personen, meist Kinder, verloren dabei ihr Leben. — In der „London Tavern" hat gestern das durch Cobden angeregte Meeting zur Besprechung der russischen Anleihe stattgefunden. Folgende Resolution ward von den Anwesenden einstimmig angenommen: „Da die Regierung von Rußland in diesem Lande eine Kriegs-Anleihe von 5,500,000 Pfd. Sterl. erheben will, angeblich zum Zwecke der Vollendung einer Eisenbahn von Petersburg nach Moskau, in Wahrheit aber, um die durch den ungarischen Krieg in dem kaiserlichen Schatze verursachte Leere zu füllen, so ist die Versammlung der Ansicht, daß dem Kaiser von Rußland Geld zu einem solchen Zwecke zu leihen nichts Anderes heißen würde, als die von ihm in Ungarn begangenen Gewalt- und Blutthaten gut zu heißen und ihm neue Versuchungen und Mittel zu neuen Angriffen und Erooberungsplanen an die Hand zu geben.

Türkei.

Dem „Journal des Debats" wird aus Konstantinopel vom 5. geschrieben: „Wie ich Ihnen in meinem Briefe vom 31. Dezbr. meldete, hat Rußland an jenem Tage seine Beziehungen zu der Pforte wieder angeknüpft. Die ganze Sache ging sehr einfach zu. Die vorher redigirten und unterzeichneten Instruktionen wurden ausgetauscht, und einige Augenblicke nachher hißte das Stationsschiff am Hauptmaste die ottomanische Flagge auf, welche es mit 21 Kanonenschüssen

begrüßte. Die Türkischen Batterieen erwiderten diese Begrüßung. Folgendes ist die Liste der 14 Personen, deren Auslieferung Rußland verlangt hatte und mit deren Entfernung es sich jetzt begnügen will: General Dembinski, Severin Korserski, Main Sazinski, Stanislas Schimanski, Eduard Denavski, Stanislas Hondreski, Adam Donatchovski, Julius Zabadinski, Jacob Miastianovich, Stanislas Geiginski, Franz Daschkewich, General Bem, General Wysocki und Graf Ladislas Zamoyski. Diese Liste reducirt sich jedoch nur auf 12 Personen, indem Bem zum Islam übergetreten ist und sich Zamoyski auf seinen Charakter als naturalisirter Franzose beruft. — Das Verhältniß der Pforte zu Oesterreich ist noch immer das alte. Die Liste der Ungarn, deren Internirung die letztgenannte Macht verlangt, beläuft sich auf 32; doch ist zu bemerken, daß diese Liste 2 Monate lang nicht geschlossen werden soll und demnach noch viele Namen aufnehmen kann. — Riza-Bey, erster Sekretair der türkischen Gesandtschaft zu Paris geht heute mit Depeschen der Pforte an den Prinzen Callimaki dorthin ab. — Hr. v. Titoff kann gegenwärtig in Betreff der Punkte, welche noch zu regeln sind, den Vermittler zwischen der Pforte und Oesterreich abgeben und versieht auch wirklich diesen Dienst. Die Aufmerksamkeit documentirt sich jetzt hauptsächlich auf die Donaufürstenthümer. Rußland hatte die Ausführung des Vertrages von Balta Liman von der Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs mit dem Divan abhängig gemacht und wird daher jetzt hoffentlich sein über 40,000 Mann starkes Occupations-Corps auf 10,000 Mann reduciren. Die Pforte ihrerseits ist jener Bestimmung schon lange nachgekommen. Der neue Türkische Kommissar für die Fürstenthümer wird nächste Woche nach Bucharest abreisen, sich jedoch vorher einige Zeit in Schumla aufhalten, um Anordnungen für die Entfernung der polnischen Flüchtlinge zu treffen. — Der Griechische Botschafter in Konstantinopel, Herr Rizos Neroulo, ist hier im Alter von 85 Jahren gestorben."

Vermischtes.

Bei Sinj in Croatien wurde unter den Ruinen eines alten Türkischen Bergschlosses von einem alten Weibe das Siegel des Bosnischen Königs Tvertok aufgefunden. Es besteht aus einer meisterhaft gravirten Abbildung des heil. Georg, der zu Pferde sitzt und mit der Lanze einen Drachen durchbohrt. Ober dem Haupte des Heiligen befindet sich die Königskrone. Die Inschrift lautet: Tvartus I. D. G. Ras. Ser. Bos. Illir. Dal. et Croat. Rex.

Als Manin's Frau auf ihrem Sterbebette (in Marseille) den Kummer aussprach, in fremder Erde liegen zu müssen, tröstete sie der Gatte damit, daß, wenn dies auch der Fall sein sollte, er, sobald es ihm je sein Loos erlaube, sie nach Italien zurückführen wolle. Da Manin nach dem Tode der Gattin dem Arzte eröffnete, seine Frau einbalsamiren zu lassen, ihm aber auch mit Betrübniß gestand, daß er die Kosten nicht bestreiten könne, bot dieser (Gaudin nannte man ihn) die Hülfe eines Freundes, der Chirurg ist, an und versicherte Manin, daß er für keinerlei Auslage zu sorgen habe. So geschah es auch. In Paris wurden für den Präsidenten des Lagunenstaats die nöthigen Hausgeräthe im „Temple" zusammengesucht. Was der „Temple" sei, weiß Jedermann aus Sue's „Mystères". Dort geht der Mann, der noch kürzlich die Dictatur in der Dogenstadt handhabte, täglich mit seiner kränklichen Tochter die Bedürfnisse des Hauses zu besorgen.

Für Carl Johann Bernadotte wird nach Agrippa's Sarkophag in Rom ein Porphyr-Sarkophag gearbeitet. Es sind dazu zwei Porphyrblöcke gesprengt, die 350 Schiffspfund wiegen.

Locales 2c.

Nothwendige Berichtigung.

Posen. — Durch einen Druckfehler ist in der gestrigen Anzeige über die Holzvertheilung auf dem Graben für „240 Rthlr." 24 Rthlr. gesetzt.

Posen den 24. Januar. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten zeigte der Vorsitzende, Prof. Müller, der Versammlung an, daß nach einer Verfügung des Handelsministers vom 28. December v. J. die Pflasterung der hiesigen Mühlstraße angeordnet worden ist. Schon im Jahre 1845 hatte der Magistrat darauf angetragen, die Kosten zur Pflasterung der genannten Straße aus dem Retablissements-Baufonds — damals 5464 Rthlr. 23 Sgr. 10 Pf. enthaltend — decken zu lassen, womit die Königl. Regierung unterm 4. Februar 1846 sich einverstanden erklärte; inzwischen wurde in Folge einer Kabinetsordre die Summe von 5305 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf. aus diesem Fonds zum Bau des Bartholdschen Gartenhauses bestimmt, so daß in demselben nur noch ein geringer Ueberschuß verblieb. Aus Mangel an den erforderlichen Geldmitteln mußte die Pflasterung bis jetzt unterbleiben, wiewohl die Staatsbehörde mehrmals darauf gedrungen. Jetzt verlangt nun das obengenannte Königl. Ministerium die Ausführung derselben, weil die Mühlstraße keine Seiten- und Nebenstraße sei, sondern die nächste Verbindung vom Berliner Thor nach dem Artilleriestall, dem Königl. Proviant-Amt und dem Kanonenplatz bilde und in derselben außerdem wegen der dort befindlichen Dampfmühlen-Anlage des Müllers Krotochwill ein erheblicher Verkehr stattfinde; die bisherigen Aufräumungen seien nicht als ausreichend zu betrachten, um die Straße bei nasser Witterung fahrbar zu erhalten. Den Grund des „Geldmangels" will der Herr Minister nicht gelten lassen, weil durch die Ueberweisung eines Antheils der Mahlsteuer und durch die Gewährung einer Entschädigung für die Unterbringung von Truppen während der Jahre 1846 und 1848 der Stadt eine außerordentliche erhebliche Einnahme gewährt worden sei. Der Magistrat trage nun darauf an, daß, da die Kosten zur Pflasterung der Straße und zu einer massiven Brücken-Ueberwölbung in der Mitte derselben, veranschlagt auf 3522 Rthlr. 15 Sgr., aus dem für Umpflasterung der Straßen, Unterhaltung der Wege 2c. etatsmäßig ausgesetzten Summe von 1500 Rthlr. nicht bestritten werden könne, dieselbe aus dem zurückerstatteten Drittel der Mahlsteuer zu entnehmen. Der Vorsitzende fügte hinzu, daß er die Deduction des Herrn Ministers nicht anerkennen könne, indem die Entschädigung für Unterbringung der Truppen in den Jahren 1846 und 1848 zu diesem Zwecke vollständig absorbirt worden, und das zurückgezahlte Mahlsteuer-Drittel nicht als ein der Stadt aus Staatsmitteln gemachtes Geschenk, sondern als die Zurückerstattung einer zu viel erhobenen Steuer-Summe angesehen werden müsse, daß jedoch im vorliegenden Falle wohl kaum etwas anderes übrig bleibe, als in den Vorschlag des Magistrats einzugehen. Die Versammlung verwahrte sich einstimmig gegen die Berechtigung des Herrn Handelsministers, die Pflasterung der Straße durch Ministerialbefehl anzuordnen, indem nach der den Kommunen durch die Verfassung gewährleisteten Autonomie die Gemeinde-Vertreter allein über derartige innere Angelegenheiten Beschluß zu fassen berechtigt seien; indessen willigte sie in die Pflasterung der Mühlstraße und beschloß, daß die diesfälligen Kosten vorschußweise aus dem Mahlsteuer-Drittel entnommen werden sollen, bis sich die Gelegenheit darbietet, die von dem Retablissements-Baufonds der Stadt zugesicherten Grundstücke zu annehmlichen Preisen zu veräußern, um aus dem Erlös derselben die Kosten zu decken. Auf den Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Baarth wurde der Beschluß gefaßt, daß der Magistrat zwar die Einleitungen zu dem genannten Straßenbau sofort zu treffen habe, der Ankauf der Pflastersteine aber erst dann erfolgen solle, wenn dieselben zu einem annehmlichen Preise zu haben seien, was gegenwärtig, in Folge des großen Schneefalls, nicht der Fall sei.

Hiernächst wurden 6 Veräußerungs- resp. Verpfändungs-Consense vollzogen und drei Gesuche zur Errichtung resp. einer Kleider-Handlung, eines Speditions- und Commissions-Geschäfts und einer Gesinde-Vermiethungs-Anstalt der zur Prüfung derartiger Gesuche ernannten ständigen Kommission überwiesen. — Demnächst theilt der Vorsitzende der Versammlung mit, daß eine Anzahl Gewerbetreibender in unserer Stadt sich an die Königl. Regierung mit der Bitte um Einführung eines Gewerbegerichts in Posen im Sinne des Gesetzes vom 9. Februar v. J. gewandt, die Regierung aber dies Gesuch dem Magistrat und den Stadtverordneten zur Begutachtung zugestellt habe; der Magistrat erkenne die Nützlichkeit eines solchen Gerichts an und ein Gleiches sei auch wohl von den Stadtverordneten zu erwarten, da diese Gerichte den Zweck hätten, im Wege der gütlichen Vermittelung die Streitigkeiten der selbstständig Gewerbtreibenden mit ihren Gehülfen, Gesellen und Lehrlingen, ingleichen der Fabrikunternehmer mit ihren Werkführern und Arbeitern u. s. w. zu erzielen. Er fügte hinzu, daß nach den letzten Zeitungen beide Kammern in Berlin das Institut der Gewerbegerichte genehmigt hätten. Hiernach trat die Versammlung der Ansicht des Magistrats einstimmig bei. — Sodann verlas der Vorsitzende zwei Mittheilungen der Kanzlei der zweiten Kammer in Berlin, wonach die genannte Kammer über die Petitionen der Stadt Posen in Betreff der Verpflichtung des Staats, die durch Einquartirung und Zwangsvorspann Belasteten aus Staatsmitteln zu entschädigen, so wie in Betreff des Ausscheidens der Stadt Posen aus dem Provinzial-Feuerversicherungs-Verbande zur Tagesordnung übergegangen sei.

Auf den Antrag des Stadtverordneten v. Crousaz wurde einstimmig beschlossen, den Magistrat aufzufordern, auch noch in diesem Winter, wie in früheren Jahren, geheizte Lokale für obdachlose Arme einrichten zu lassen. — Nach einer Mittheilung der Königl. Regierung vom 3. d. M. ist die nachgesuchte Erweiterung der eingeführten Wildsteuer auf zerstücktes Wild beim Königl. Ministerium beantragt und von demselben genehmigt worden. Nach einer andern Mittheilung der Königl. Regierung haben die Minister des Innern und der Justiz die beantragte Erhöhung des Prozentsatzes der hiesigen städtischen Pfandleihanstalt von 8 auf $12\frac{1}{2}$ pCt. ebenfalls genehmigt, diese Bewilligung jedoch auf die nächsten 3 Jahre beschränkt. — Darauf theilte der Vorsitzende der Versammlung mit, daß nach einem Schreiben des Magistrats vom 14. d. die Rente für die Wallischeier Brücke nach der Berechnung des Stadt-Bau-Inspektors Freters sich also stellt:

		Rthlr.	Sgr.	Pf.
1)	für den Neubau (auf einen Zeitraum von 20 Jahren berechnet) jährlich	616 Rthlr.	15 Sgr.	Pf.
2)	für den Hauptreparaturbau (nach 10 Jahren)	621 „	13 „	6 „
3)	für laufende Reparaturen . . .	400 „	— „	— „
4)	Zinsen des ursprünglichen Anlage-Kapitals	600 „	— „	— „
5)	die Erhebungskosten	500 „	— „	— „
	so daß durch den Brückenzoll aufzubringen sind:	2737 Rthlr.	28 Sgr.	6 Pf.

Diese Summe würde gewonnen werden durch Erhebung eines Brückengeldes von 4 Pf. pro Pferd von allen die Thoreingänge am rechten Wartheufer passirenden Fuhrwerken (berechnet auf 2697 Rthlr.) Die Stadtverordneten-Versammlung hat nun zwar beschlossen, daß der Zoll an der Brücke selbst erhoben werden soll, indessen haben viele Einwohner der Vorstadt Wallischei dagegen abermals reclamirt und die Uebelstände hervorgehoben, welche diese Erhebungsart nach sich ziehen müsse, wodurch der Magistrat zu dem Vorschlage veranlaßt wird: von sämmtlichen, die Stadteingänge an beiden Wartheufern passirenden Fuhrwerken einen Brückenzoll zu erheben. Ob die Staatsbehörde darauf eingehen werde, sei freilich zweifelhaft, indem dann auch von solchem Fuhrwerk der Zoll erhoben werden müßte, das die Brücke gar nicht passirt, indessen sei doch die Genehmigung unter den bestehenden Verhältnissen zu hoffen. In diesem Falle würde, da an sämmtlichen Stadteingängen jährlich circa 224,086 Fuhrwerke einpassiren, ein Brückenzoll von 3 Pf. pro Pferd ausreichen, um die erforderliche Summe aufzubringen. Der Magistrat trägt deshalb darauf an, daß die Stadtverordneten sich mit ihm darüber einverstanden erklären: daß ein Brückenzoll von 3 Pf. pro Pferd an sämmtlichen Eingängen zu erheben sei, im Fall aber dies von der Stadtbehörde nicht genehmigt werde, daß ein Zoll von 4 Pf. von jedem die Brücke passirenden Pferde an der Brücke selbst erhoben werde. Die Stadtverordneten treten der Ansicht des Magistrats bei. — Hierauf wurde der Commissionsbereicht über die Armen-Krankenpflege von dem St.-V. v. Gąsiorowski verlesen und in allen seinen Theilen genehmigt. Bei Alinea 6 wurde die Aufforderung an den Magistrat hinzugefügt: Bei Abgrenzung der Armen-Reviere möglichst Sorge dafür zu tragen, daß die verschiedenen Apotheken gleichmäßig betheiligt seien. Schließlich wurde auch der Kranken-Etat genehmigt und folgende Besoldungen bewilligt:

1)	für den Armen-Arzt des ersten Reviers, der zugleich die städtischen Kranken-Anstalten mit versteht	200	Rthlr.
2)	für jeden der 4 Armen-Aerzte des 2. 3. 4. u. 5. Reviers: 100 Rthlr.	400	„
3)	für den Armen-Arzt des 6. Reviers (das rechte Wartheufer)	200	„
4)	für einen Wundarzt für das linke Wartheufer und die städtischen Krankenanstalten	100	„
5)	für einen Wundarzt für das rechte Wartheufer	50	„
6)	zu Remunerationen für Hebammen	50	„
	in Summa	1000	Rthlr.

σ Posen, den 24. Januar. Die Wahlen haben hier einen sehr schnellen Verlauf und den erwünschten Erfolg gehabt, indem nur conservativ oder konstitutionell gesinnte Wahlmänner aus ihnen hervorgegangen sind. Von 3063 Urwählern der 3. Abtheilung gehörten 732 der Poln., 2331 dagegen der Deutschen Nationalität an, ein Beweis, daß die hiesigen Einwohner Poln. Abkunft meist der nicht besteuerten Klasse angehören, der eigentliche Wohlstand aber vorzugsweise von den Deutschen vertreten ist. Zur 2. Abtheilung gehörten nur 76 Polen und 387 Deutsche; zur 1. aber nur die geringe Anzahl von 15 Poln. bei 111 Deutschen Urwählern. In 12 Wahlbezirken war daher die Deutsche Urwählerschaft überwiegend; nur im 13. Bezirk waren von 176 Urwählern 95 Polen und 81 Deutsche, also 14 Polen mehr in der Urwählerliste aufgeführt. Die Polen haben sich nirgends an den Wahlen betheiligt, und es hätte ihnen nur gelingen können, in dem 13. Bezirk einen Polnischen Wahlmann durchzubringen. Das Verhältniß der Urwähler sämmtlicher 14 Wahlbezirke nach beiden Nationalitäten stellt sich folgendermaaßen:

III. Abth.	Poln.	Deutsche	Urwähler beid. National.
Bez. 1.	72	243	315
„ 2.	50	254	304
„ 3.	60	147	207
„ 4.	60	96	156
„ 5.	61	113	174
„ 6.	39	94	133
„ 7.	69	141	210
„ 8.	38	197	235
„ 9.	47	271	318
„ 10.	12	308	320
„ 11.	41	227	268
„ 12.	88	159	247
„ 13.	95	81	176
„ 14. (Militair-Wahlbezirk) Urwählerz. unbekannt,			
in sämmtl. Bez. Summa:	732	2331	3063
„ „ „ II. Abth.:	76	387	453
„ „ „ I. „	15	111	126
in sämmtl. Bez. u. Abth.:	823	2829	4642

Endlich ist unsere gestrige, zwar aus amtlicher Quelle geschöpfte, Angabe dahin zu berichtigen, daß im 2. Wahl-Bez. III. Abth. statt: Bärwald, Baumert als gewählt zu lesen ist.

— Der Wielkopolanin hat in seinen früheren Nummern öfters mit sehr spitzer Feder das Verfahren der Behörden in Exekutionssachen beurtheilt und auch wohl manches Tadelnde und zur Auflehnung gegen die Behörden anleitende Wort gesprochen, dadurch aber vielleicht so manchen, mit den gesetzlichen Vorschriften nicht genau bekannten, Landmann zu übereilten Schritten gegen Abgeordnete der Obrigkeit verleitet. Unbegreiflicher, aber auch spaßhafter, Weise scheint er entgegengesetzter Meinung geworden zu sein; denn in Nr. 7 führt er nicht allein einen speciellen Fall von Widersetzlichkeit eines Polnischen Bauers gegen einen Exekutor und dessen Verurtheilung zu zweimonatlicher Zuchthausstrafe zur Warnung an, sondern er allegirt auch die betreffenden Gesetzstellen und ermahnt nun die Leser ganz de- und wehmüthig zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Obrigkeit, indem er ihnen räht, sie möchten doch lieber ihre gekränkten Rechte im Wege der Beschwerde verfolgen und sich nicht durch Widersetzlichkeit gegen Exekutoren, Gendarmen und andere obrigkeitliche Personen einer Gefängniß- oder gar einer Zuchthausstrafe aussetzen!

δ Fraustadt, den 22. Jan. In der in Nro. 19 d. Z. aufgestellten Nachweisung der bei dem Ordensfeste unserer Provinz verliehenen Auszeichnungen, vermissen wir diejenige, welche in unsere Stadt gefallen ist. — Es betrifft die Ernennung eines unserer geachtetsten Mitbürger, des Rentier und früheren Apothekerbesitzers, Herrn Rathstock zum Ritter des Rothen Adlerordens 4. Klasse, der diese Auszeichnung nicht nur verdient, sondern der sich, wie derselbe bekannt ist, zu fernerem wohlthätigen Wirken dadurch noch mehr angetrieben fühlen wird *).

δ Aus dem Fraustädter Kreise, den 24. Januar. Unter dem Einflusse der gedrückten Stimmung, wie diese die jüngste Königliche Botschaft und die Spannung hervorgerufen, welche in Folge dieser Botschaft in den Kammern eingetreten, wurden heute die Wahlen der Wahlmänner für den deutschen Reichstag vollzogen. Alle Gerüchte und Versionen über Betheiligung oder Enthaltung der Polen und der Demokratie an denselben, die in der letzteren Zeit nach einander die Runde durch die politischen Zeitungen genommen, haben sich in ihren Voraussetzungen und Folgen als unbegründet bewährt. Die Wahlberechtigten aller politischen und nationalen Parteien haben, wenn auch nur in sehr schwacher Zahl, an dem Wahlakt Theil genommen; nur die radikalen Ultra's enthielten sich der Theilnahme. Die Hoffnungen der Letzteren haben seit der Königlichen Botschaft und der in Folge derselben eingetretenen Verfassungs-Krisis von Neuem Nahrung gewonnen und sie vertrauen weit mehr auf den Succurs durch ein Ministerium Gerlach, als auf die Eventualitäten, die ihnen ein deutscher Reichstag bieten könnte. Es unterliegt übrigens keinem Zweifel, daß das Wahlresultat, trotz der Beschränkung des ihnen ungünstigen Wahlgesetz fast ganz ihnen gehört haben würde, wenn sie die an ihnen gewohnte Rührigkeit auch diesmal entwickelt hätten; denn unsere konservative Partei beschränkt sich leider gar zu gern auf den passiven Widerstand. Es ist also weniger dem patriotischen Wirken und dem Verdienste derselben, als dem Zufall zuzuschreiben, wenn die überwiegende Mehrzahl der Wahlmänner in unserem Kreise der deutsch-konservativen Partei angehört.

ħ Birnbaum, den 23. Januar. Mit Bezugnahme auf meinen Bericht vom 8. Dezember v. J., den hiesigen Handwerkervein betreffend, theile ich heute Nachstehendes mit. Am vergangenen Sonntage, den 20. d., fand hier die, zum Besten der Vorschußkasse des Handwerkervereins, veranstaltete Lotterie statt. Es kamen im Ganzen nur einige 50, jedoch meist recht gefällige und sogar werthvolle Geschenke zur Ausspielung. Die Anzahl der ausgegebenen Loose, à 5 Sgr., betrug circa 300. Unter den verschiedenen, dem Vereine angehörigen Handwerkern hatten sich besonders die Böttcher-, Tischler- und Fleischermeister mit Arbeiten resp. Geschenken betheiligt, aber auch Bierbrauer, Bäcker-, Klempner- und Schneidermeister waren nicht zurückgeblieben. Zu den ansehnlichsten Sachen gehörten verschiedene rohe und angestrichene Wassereimer mit Eisen beschlagen, eine birkene sehr sauber gearbeitete Waschtoilette, ein eben solches Nähtischchen, ein gefüllter und geschmackvoll ausgeputzter Schweinekopf, ein Bierfaß mit Doppelbier, vorzügliche Bratwürste und Torten, Sammetwesten, Tischdecken, Lampenuntersätze und Galanteriewaaren verschiedener

---

*) Obiges möge als Berichtigung unseres Verzeichnisses dienen. D. R.

Art. Der Kasse ist durch diese Lotterie eine Einnahme von 50 Rthlr. erwachsen, und es ist zu wünschen, daß daraus nur solche Handwerker Vorschüsse erhalten, denen ein Vorschuß auch wirklich zum Emporkommen in ihrem Geschäft hilft.

☿ Rogasen, den 24. Januar. Die Theilnahme an den Wahlen für Erfurt war im Allgemeinen sehr lau, in der Neustadt, wo vorzugsweise Beamte und Deutsche Bürger wohnen, indeß lebhafter als in der Altstadt. In der Neustadt wurden die Stadträthe Wackermann, Petrich, Rechtsanwalt Langenmayer und Steuer-Inspektor Bettcher Wahlmänner, in der Altstadt, wo überhaupt nur 8 bis 10 Urwähler erschienen waren, die Kaufleute W. Badt, Kirschner, Kaiser und Michaelis Loewe. Die Gewählten haben in politischer Beziehung sämmtlich sehr gemäßigte Ansichten. Die Polen haben sich bei der Wahl gar nicht betheiligt.

∼ Rawicz, den 24. Jan. Die Betheiligung der hiesigen Einwohnerschaft an der heut vollzogenen Wahl für's Deutsche Parlament in Erfurt ist so unbedeutend gewesen, wie vielleicht an keinem anderen Orte. Es waren fast nur Beamte zum Wahltermin erschienen, welche sich natürlich leicht über die zu wählenden Personen einigten. Unter der Bürgerschaft herrscht ein großer Widerwille gegen das Wählen, dessen Grund, wie man meint, in der Erfolglosigkeit aller früheren Wahlen liegt. Wir glauben gern, daß bei Vielen dieser Grund obgewaltet hat, erwägen wir aber, daß auch bei den früheren Wahlen die Theilnahme im Verhältniß zur wahlberechtigten Einwohnerschaft nur gering war, so dürfen wir wohl mit Recht annehmen, daß unsere Bürger für die großen Weltangelegenheiten wenig Interesse fühlen, und deshalb schon Viele sich an der Wahl nicht betheiligt haben. Diese Annahme gewinnt sehr an Wahrscheinlichkeit, wenn wir bedenken, daß so viele Bürger sich nicht einmal an der Wahl der Communal-Vertreter betheiligen; wer für die Gestaltung seiner nächsten Umgebungen, ja! seines eigenen Hauses, nicht einmal Interesse fühlt, wie soll der es für die Gestaltung des Staates haben, dessen Organismus und dessen Beziehungen nach außen ihm zum Theil ganz unbekannt sind. — Die aus der Wahl hervorgegangenen Wahlmänner erfreuen sich alle des allgemeinen Vertrauens und werden ihre Pflicht als echte Deutsche Männer und gute Preußen gewiß erfüllen.

χ Bromberg, den 23. Jan. Vor Kurzem war in diesen Blättern von der weltberühmten (Poudrette-) Düngerfabrik des bei Berlin wohnenden Gutsbesitzers Griebenow die Rede, welcher durch denselben nach und nach ein bedeutendes Vermögen gesammelt hat. Auch in unserem Departement existirt eine ähnliche Düngerfabrik, welche eine ähnliche Ausdehnung zu gewinnen verspricht, wie die genannte Berliner. Es hat nämlich der in Chrostowo, Kreis Chodziesen, wohnende Gutsbesitzer Schneider durch langjährige Bemühungen eine ganz vorzügliche, leicht zu fabricirende Art Dünger erfunden, welcher aus Stoffen besteht, die jedem Landmanne leicht zugänglich sind. Diese Erfindung hat sich jetzt des Vertrauens unserer größeren Grundbesitzer zu erfreuen, und Jeder, der nicht zu fern von dem genannten Gute wohnt, bezieht von dort jährlich einen Theil seines Düngers, wodurch die Felder in einen ganz vorzüglichen Kulturzustand kommen sollen. Nach Eröffnung der Eisenbahn wird diese Fabrik gewiß in noch weiteren Kreisen benutzt werden. Immer aber wäre es wünschenswerth, daß dem Gutsbesitzer Schneider das Geheimniß dieser Fabrication zum Wohle der Landwirthschaft abgekauft würde; die von ihm seit Jahren darauf verwandten Kosten sollen jedoch 20,000 Thlr. übersteigen, eine Summe, die zwar an sich bedeutend erscheint, dennoch von vielen zusammentretenden Besitzern leicht aufgebracht und durch die Vortheile der genannten Düngungsart schnell wieder erspart werden würde.

Verantw. Redakteur: C. C. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 25. Januar.

Lauk's Hôtel de Rome: Gutsb. Reichsgraf v. Gaschim a. Schlesien.
Hôtel de Bavière: Königl. Großbr. Cab.-Courier Moore a. London; Gutsb. v. Baranowski a. Obielewo.
Bazar: Bürger Berendes a. Brody; die Gutsb. Joseph Grabowski a. Lukowo; Gebr. Grabski a. Rusiborz u. Szelicki a. Michałowo; Buchh. Plonski u. Gutsb.-Sohn Hirschfeld a. Neustadt b. P.; die Kaufl. Sternberg u. Alexander a. Pleschen; Karger a. Obrzycko u. Krayn a. Pudewitz.
Schwarzer Adler: Die Gutsb. Luther a. Lopuchowo; Bandelow a. Latalice u. Rankowski a. Brudzewo; Wirthsch.-Kommiss. Okoniewski a. Goylewo.
Hôtel de Berlin: Die Gutsb. v. Brzezynski a. Grodzisk u. v. Karczewski a. Kempa.
Hôtel de Pologne: Brennerei-Verw. Kernbach u. Fleischermeister Röschke a. Obornik.
Im Eichborn: Dreborgelspieler Fr. Schultz a. Fraustadt.
Große Eiche: Graf Danilecki a. London.
Zum Schwan: Kfm. Hamburger a. Santomysl.
Drei Lilien: Bildhauer Joseph Linartowski a. Ostrog.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 27. Januar c. werden predigen:
Ev. Kreuzkirche. Vm.: Herr Pred. Friedrich. — Nachm.: Herr Dr. Coßmann.
Ev. Petrikirche. Vm.: Herr Conf.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Herr Milit.-Oberpred. Niese.
Christkathol. Gem. Vm. u. Nachm.: Herr Prediger Post.
Ev. luther. Gem. Vm. u. Nachm.: Herr Pred. Böhringer.
Im Tempel des israel. Brüder-Vereins. Sonnabend Vm. $9\frac{1}{2}$ Uhr: Gottesdienst und Gast-Predigt des Religions-Lehrers Herrn Dr. Deutsch.

In den Parochieen der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 18. bis 24. Januar 1850:
Geboren: 3 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 5 männl., 4 weibl. Geschl.
Getraut: 4 Paar.

Markt-Berichte.

Posen, den 23. Januar.

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 17 Sgr. 9 Pf. bis 20 Sgr. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Heu der Centner zu 110 Pfund 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 23. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend $26\frac{1}{2}$—28 Rthlr., pr. Frühjahr 27 Rthlr. bez. u. Br., $26\frac{3}{4}$ G., pr. Mai-Juni $27\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $27\frac{1}{4}$ G., Juni-Juli $27\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $27\frac{1}{2}$ G. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16—18 Rthlr., pr. Frühjahr 50pfd. 16 Rthlr. bez. Erbsen, Kochwaare 32—40 Rthlr., Futterwaare 29—32 Rthlr. Rüböl loco $13\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $\frac{7}{12}$ G., flüssiges $13\frac{3}{4}$ bez., pr. Januar $13\frac{5}{8}$ u. $\frac{7}{12}$ Rthlr. verk. u. Br., Jan.-Febr. $13\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ Rthlr. bez., $13\frac{5}{12}$ Br., $\frac{1}{3}$ G., Febr.-März $13\frac{1}{4}$ u. $\frac{1}{8}$ Rthlr. verk., März-April $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{12}$ G., April-Mai 13 a $12\frac{11}{12}$ Rthlr. verk., 13 Br. Leinöl loco 12 Rthlr., pr. März-April $11\frac{2}{3}$ Rthlr., April-Mai $11\frac{7}{12}$ Rthlr. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{2}{3}$ a $12\frac{5}{6}$ Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{3}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{1}{12}$ Rthlr. Br., 14 bez. u. G., pr. Januar 14 Rthlr., Febr.-März $14\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 14 G., März-April $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G., April-Mai $14\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., $14\frac{2}{3}$ G., Mai-Juni $15\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 15 G., Juni-Juli $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $15\frac{1}{3}$ G., Juli-Aug. $15\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $15\frac{7}{12}$ G.

Berliner Börse.

Den 23. Januar 1850.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	107	$106\frac{1}{2}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	89	$88\frac{1}{2}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$104\frac{1}{4}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{2}$
Grossh. Posener "	4	—	$100\frac{1}{12}$
" "	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{3}{4}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{1}{2}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{1}{2}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$94\frac{1}{2}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{2}{3}$	$12\frac{1}{6}$
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$90\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	96	—
Berlin-Hamburger	4	—	$79\frac{1}{4}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	100
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	67
" " Prior. A. B.	4	—	$93\frac{1}{2}$
" " "	5	—	$102\frac{1}{4}$
Berlin-Stettiner	4	—	$104\frac{7}{8}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{3}{4}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$100\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	$141\frac{1}{2}$
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	85
" Prioritäts-	4	—	$95\frac{1}{2}$
" "	5	—	$104\frac{1}{4}$
" " III. Serie	5	—	103
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$106\frac{1}{4}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	105	—
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	$78\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	—	$66\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$84\frac{7}{8}$

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Der Armenverein hat am 1. Novbr. v. J. wiederum sein Wirken begonnen. Dem Kassenbestande: 523 Rthlr. 10 Sgr., sind seitdem an Beiträgen 252 Rthlr. 22 Sgr. 10 Pf. hinzugetreten. Hätten sich die Verhältnisse für die Armenpflege so günstig in diesem, wie im vorigen Winter gestaltet, so würden diese Mittel zur Abhülfe der als wahr und unverschuldet erkannten Noth zugereicht haben. Allein die lange strenge Kälte hat die Bedrängniß der Armen ungewöhnlich gesteigert, von Woche zu Woche mehrte sich der Andrang zu Unterstützungen, dem Vereine stehen augenblicklich nur noch 160 Rthlr. zur Disposition. Wie in frühern Jahren sind zwei Speiseanstalten und eine Holzniederlage eingerichtet. Es sind bisher gegen 8000 Anweisungen auf eine reichliche Partie nahrhafter Kost und gegen 2000 Anweisungen auf kleine Quantitäten geschlagenen Holzes vertheilt. Außerdem ist mit Schuhen, wärmender Kleidung und, wo die Umstände es erforderten, mit baarem Gelde geholfen. Seit wenigen Tagen hat zwar die Kälte nachgelassen, die Unterstützungen können daher wiederum beschränkt werden. Die Mittel des Vereins werden aber dennoch für das Bedürfniß dieses Winters nicht ausreichen, wenn wir nicht durch außerordentliche Beiträge unterstützt werden. Deshalb wenden wir uns an den wohlthätigen Sinn unserer Mitbürger. Die unterzeichneten Mitglieder des Vorstandes sind bereit, jede Gabe in Empfang zu nehmen und wird am Schluß des Jahres über die Verwendung Rechnung gelegt werden. Posen, den 25. Jan. 1850.

Der Vorstand des Vereins für die Armen und Nothleidenden:
v. Kries. Brzezinski. Krzyżanowski. Königk. Janowicz. Dassel.

Ediktal-Citation.

Der Apothekergehülfe Theodor Marcinkowski aus Bukwitz, welcher sich im Jahre 1831 oder 1832 nach Nord-Amerika begeben und im Jahre 1835 aus Philadelphia die letzte Nachricht von sich gegeben hat, so wie dessen etwanige unbekannte Erben und Erbnehmer werden auf Antrag des ihm bestellten Kurators, des Bauers Anton Szemyśl zu Bukwitz, aufgefordert, sich in oder vor dem am 8. August 1850 Vormittags 11 Uhr vor dem Assessor von Heising anstehenden Termine schriftlich oder persönlich zu melden und weitere Anweisung zu erwarten, widrigenfalls Ersterer für todt erkärt und sein Vermögen den sich legitimirenden Erben ausgeantwortet werden wird.

Lissa, den 25. September 1849.

Königl. Kreisgericht. I. Abth.